

Kann ein Bürgerhaushalt dem klammern Kreis weiterhelfen?

HUSUM (hk) – Die finanzielle Schieflage des Kreises stand im Mittelpunkt des jüngsten Kreistages und dies, obwohl die eigentlichen Haushaltsberatungen den Abgeordneten in ihrer Dezembersitzung noch bevorstehen. Nicht nur die erste per »Doppik«-Buchhaltung aufgestellte Eröffnungsbilanz auf den 1. Januar 2008 mit einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von fast 17 Millionen Euro ließ die Wogen hoch schlagen, auch die aktuell verfügbaren Zahlen veranlassten Vertreter von CDU, FDP und den Grünen einerseits sowie von SPD, SSW und den Linken andererseits heftig über den richtigen Ruderkurs in seichtere Finanz-Gewässer zu streiten. Während die so genannte »Jamaika-Koalition« an ihrem beschlossenen Konsolidierungsprogramm 2009-2013 als Kompass festhalten will, hält die SPD



Hans-Jürgen Fröhlich von der Wählergemeinschaft Nordfriesland • Die Unabhängigen regte an, sich mit einem Bürgerhaushalt für den Kreis zu beschäftigen.

dieses Instrument für absolut untauglich. Angesichts

der Tatsache, dass »bildlich gesprochen der Kreis nicht

mehr den Bürgern, sondern den Banken gehört«, regte Hans-Jürgen Fröhlich (WG-NF) an, Segel zu setzen, um nicht Schiffbruch zu erleiden. Hierfür schlug er vor, sich mit der Idee eines Bürgerhaushaltes zu beschäftigen. »Damit wird die schwierige Materie der kommunalen Finanzen auch für den Laien nachvollziehbar. Und es wird sehr konkret, was die Überschuldung für einzelne Politikbereiche bedeuten würde.« Zwar bewahrt ein solcher Haushalt, bei dem beispielsweise heute schon in Trier, Solingen und Essen Bürger via Internet die Sparvorschläge der Verwaltung bewerten und kommentieren oder auch eigene Vorschläge einbringen, die Kreistagsabgeordneten nicht vor unangenehmen Entscheidungen, doch er bietet die Möglichkeit, Widerstände auszuloten und die Bürger auf dem Sparkurs mitzunehmen.

Kreistag Nordfriesland reduziert Zahl der Ausschüsse und Fraktionszuweisungen

HUSUM (hk) – Mit gutem Beispiel vorangehen wollte die Mehrheit des Kreistages und stimmte dem von der WG-NF eingebrachten Antrag zu, die Fraktionszuweisungen – das sind jährlich etwa 54.000 Euro – um zehn Prozent zu kürzen. Richtig giftig, bis hin zu Anspielungen auf die Ver-

hältnisse während der Weimarer Republik, wurde das Klima jedoch, als es um die Änderung der Hauptsatzung ging. Zwar hatte man während der letzten Legislaturperiode vereinbart, sich jetzt zusammenzusetzen, um über eine Änderung der Ausschussarbeit, vor allem um über eine Reduzierung der bisher

zehn Ausschüsse für die nächste Sitzungsperiode zu beraten. Doch die Mitglieder von CDU, FDP und Grünen wollten mit der Umsetzung ihrer Vorstellungen nicht warten und beschlossen gegen den vehementen Widerstand der anderen Parteien die Auflösung der Ausschüsse für Agrar sowie für Schule

und Sport sowie analog zum Kreistag eine Beschränkung des Rederechts auch in den Ausschüssen. Falls das Kieler Innenministerium zustimmt, sollen in Zukunft die bisherigen Aufgaben der beiden Ausschüsse vom Umwelt- bzw. vom Kulturausschuss mit übernommen werden.